

Luxusprobleme im Steuerparadies

KANTON SCHWYZ Die Tiefsteuerstrategie hat Wohlstand geschaffen. Auch der Mittelstand dehnt sich aus. Dennoch macht sich ein Malaise breit. Was steckt dahinter?

KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

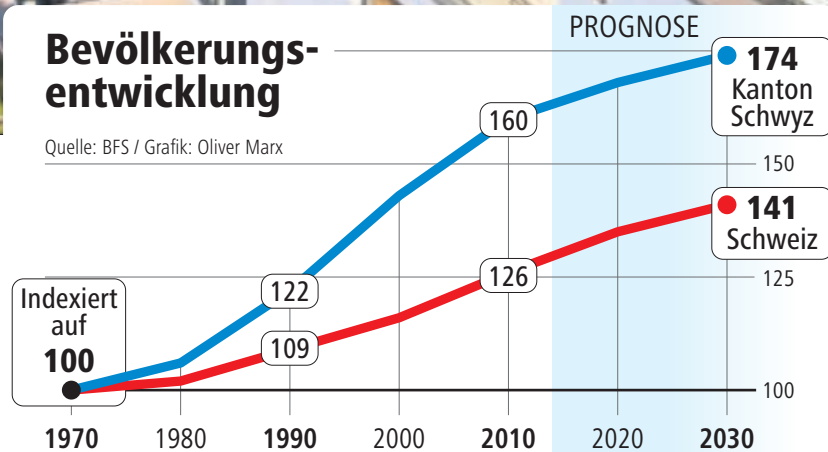


Blick auf den Zürichsee: Wohnungen in der Ortschaft Bäch, die zur steuer-günstigen Gemein-de Freienbach gehört.

Keystone/Geatan Bally

Bevölkerungs-entwicklung

Quelle: BFS / Grafik: Oliver Marx



Wir wollen nicht, dass einheimische Einsiedler wegziehen müssen, weil sie sich die hiesigen Mieten nicht mehr leisten können», sagt die lokale SP-Sektion Einsiedeln. Sie hat eine weit verbreitete Stammtischklage in einen politischen Vorstoss gegossen und fordert per Initiative die Schaffung von kostengünstigem Wohnraum. Morgen wird abgestimmt. Der bürgerlich dominierte Bezirksrat empfiehlt ein Ja.

Die Angst, dass Eingesessene von wohlhabenden Neuzuzüglern verdrängt werden, hat im Kanton Schwyz mittlerweile auch Einsiedeln erreicht, einen Bezirk, der im innerkantonalen Vergleich gemeinhin nicht im Ruf eines Steuerparadieses steht. Der politische Vorstoss in Einsiedeln steht exemplarisch für ein offenbar wachsendes Unbehagen, das längst nicht mehr nur linke Politiker artikulieren. Bevölkerungswachstum, Verlust von Grünflächen, steigende Wohnkosten, die Sorgen um das Dorf- und Vereinsleben und Abstiegsängste des Mittelstandes bilden einen Mix, aus dem sich das Malaise nährt.

Glanz der Tiefsteuerstrategie

Während Jahren sonnte sich der Kanton Schwyz im Glanz der Tiefsteuerstrategie, die der ehemalige Finanzdirektor Franz Marty (CVP, von 1984 bis 2002 im Amt) erfolgreich geprägt hatte. Mittlerweile regt sich in der CVP selber Widerstand gegen die «Weiterentwicklung» dieses Modells. Die Partei kritisiert zum Beispiel die rekordtiefe Dividendenbesteuerung (75 Prozent Rabatt), die der Kantonsrat im November 2005 (auch mit CVP-Stimmen) beschloss. Oder dass der Kanton Schwyz gemäss dem aktuellen Index der Eidgenössischen Finanzverwaltung das Steuerpotenzial (13,1 Prozent) von allen Kantonen am wenigsten ausnützt. Zum Vergleich: Der schweizerische Durchschnitt liegt bei 26,7 Prozent. Gleichzeitig schrieb der Kanton letztes Jahr ein Defizit von 95 Millionen Franken.

In einem Gastbeitrag in der «Auslese» des Handels- und Industrievereins des Kantons Schwyz platzierte Baudirektor Othmar Reichmuth (CVP) im letzten November eine krachende Wachstumskritik. Unter anderem geisselte er den Umstand, dass der Kanton Schwyz wegen reicher Zuzüger immer mehr Geld in den nationalen Finanzausgleich (dieses Jahr 134 Millionen Franken) abliefern, bei

Leistungen im eigenen Kanton aber sparen muss.

Niedrige Wirtschaftsleistung

Im Frühling monierte Reto Wehrli, als CVP-Vizepräsident und ehemaliger Nationalrat eine gewichtige Stimme im Kanton, die Steuerpolitik sei zu einem «unreflektierten Selbstläufer» geworden. Wehrli verwies auf eine Publikation der Denkfabrik Avenir Suisse, gemäss der die kantonale Wirtschaftsleistung weit unter, das Ressourcenpotenzial aber deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt. Die Diskrepanz rührt daher, dass rund 30 000 Schwyzer täglich in einen anderen Kanton zur Arbeit pendeln und damit ihren Beitrag zur Wertschöpfung anderswo leisten. Im Nachbarkanton Zug, ein anderes Steuerparadies, sind sowohl BIP als aus Ressourcenpotenzial überdurchschnittlich hoch.

Woher rührt das Malaise, das sich im Kanton Schwyz breitmacht? «Wir sparen auf Teufel komm raus, anstatt in die Bildung, die familienexterne Betreuung und Tagesschulen zu investieren», sagt der Schwyzer SP-Nationalrat Andy

Tschümperlin. Die Schwyzer müssten pendeln, doch der Kanton knausere beim öffentlichen Verkehr, bei der Krankenkassenprämienverbilligung und verlange Gebühren für die Mittelschule, was falsch sei. Die «verfehlte» Tiefsteuerstrategie habe nicht die versprochenen qualifizierten Arbeitsplätze in den Kanton gebracht.

Starkes Wachstum könne generell zu einem Unbehagen führen, sagt der Freiburger Wirtschaftspraxisprofessor Reiner Eichenberger (siehe Interview). Und in Sachen Wachstum war Schwyz im letzten halben Jahrhundert gleich auf mehreren Ebenen Spitze. Der Kanton schaffte den Sprung vom Armenhaus zu einem Steuerparadies. Die Bevölkerung wuchs im

Landesvergleich überdurchschnittlich. Zählte der Kanton Schwyz 1970 noch 90 871 Einwohner, sind es heute fast 150 000. Bis 2030 dürfte die Zahl laut den Prognosen des Bundesamtes für Statistik auf fast 158 000 steigen.

Mittelschicht dehnt sich aus

Auf die Schattenseiten des Wachstums – wachsender Verkehr, höhere Wohnkosten, Zersiedelung – weist der Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann in der im letzten Jahr erschienenen «Geschichte des Kantons Schwyz» hin. Straumann hält aber auch fest, der Boom habe den Wohlstand des Kantons Schwyz in den letzten Jahren stark gesteigert. Und

schliesslich könne man «ohne Einschränkung feststellen, dass die niedrigen Steuern nicht nur einigen wenigen reichen Prominenten zugutekommen, sondern allen Firmen und Privatpersonen».

In der Tat: Objektiv gesehen hat sich die wirtschaftliche Lage in den letzten 20 Jahren auch beim viel bemühten Mittelstand verbessert, wie kürzlich Avenir Suisse aufzeigte. In den letzten 20 Jahren hat sich die Mittelschicht im Kanton Schwyz sogar ausgedehnt.

Sitzt der Kanton Schwyz tatsächlich in einer Wachstumsfalle? «Nein. Aber wir haben es mit einem sehr relevanten Luxusproblem zu tun», sagt der St. Galler Volkswirtschaftsprofessor Reto Föllmi aus Feusisberg SZ. Schwyz müsse dafür sorgen, dass auch die bereits ansässige Bevölkerung vom Zustrom der Neuzuzüger profitiere. In einem Gastbeitrag im «Boten der Urschweiz» zeichnete Föllmi letzten Mittwoch insgesamt ein sehr positives Bild: «Wir wohnen in einem lebenswerten und darum attraktiven Ort. Dessen Attraktivität können wir nicht senken und mit vorausschauender Politik werden wir ironischerweise noch attraktiver.»

«Unter dem Strich profitiert der Kanton Schwyz»

Reiner Eichenberger, der Kanton Schwyz hat pro Kopf eine hohe Steuerkraft, aber eine unterdurchschnittliche Wirtschaftsleistung. Ist das ein Problem?

Reiner Eichenberger*: Solange die Wertschöpfung nicht sinkt, ist dies nicht beunruhigend. Dieser Befund reflektiert nur, dass viele Schwyzer in einem anderen Kanton arbeiten. Die Kantone Zürich und Zug sind nahe und bieten gute Arbeitsplätze. Zudem ist das Pro-Kopf-Volkseinkommen der Schwyzer zum Beispiel höher als jenes der Berner oder Luzerner, bei denen ja sogar noch Zupendler zur Wirtschaftsleistung mit beitragen. Deshalb sehe ich da kein Problem.

Der Kanton Zug hat sowohl eine hohe Wertschöpfung als auch eine hohe Steuerkraft. Er bietet mehr Arbeitsplätze pro Einwohner als Schwyz. Müsste Schwyz nicht auch dafür besorgt sein, mehr Arbeitsplätze in den Kanton zu holen?

Eichenberger: Dieser Aufgabe nehmen sich in der Regel die kantonalen Wirtschaftsförderer an. Herauszufinden, welche Firmen nachhaltig Wertschöpfung bringen, ist aber schwierig. Indem man gewisse Firmen mit gezielten Steuererleichterungen – oder nennen wir es direkt Subventionen – anzieht, schafft man Ungerechtigkeiten. Das Ziel muss lauten, nicht einzelnen Neuzuzüglern, sondern allen Firmen gute Rahmenbedingungen zu bieten.

Mit seinen tiefen Steuern für Firmen und natürliche Personen hat der Kanton Schwyz gute Karten in der Hand.
Eichenberger: Ja. Es bringt zum Beispiel wenig, die Unternehmenssteuern massiv zu senken, wenn gleichzeitig die Steuersätze bei den natürlichen Personen hoch sind. Die Arbeitnehmer arbeiten dann zwar im Kanton mit tiefen Unternehmenssteuern, haben aber ihren Wohnsitz in einem anderen Kanton mit milder Steuerbelastung für natürliche Personen. Der

Kanton Freiburg zum Beispiel hat «dank» seiner Politik ein grosses Bevölkerungswachstum, doch die guten Steuerzahler leben anderswo.

Führt ein starkes Wachstum in kurzer Zeit wie im Kanton Schwyz generell zu einem Unbehagen?

Eichenberger: Ja. Wachstumsprobleme sind unangenehm, weil ständig neue Infrastruktur bereitgestellt werden muss, weil der Boden aufgebraucht wird, weil Bevölkerungswachstum langfristig zu Wohnungsknappheit führt. Damit wird ein Kanton zu einer permanenten Baustelle. Ein hohes Bevölkerungswachstum kann zu Fehlplanungen bei der Infrastruktur verleiten, indem man zum Beispiel zu viele Schulen baut. Zum Kanton Schwyz kann man sagen: Unter dem Strich profitiert er vom Wachstum.

Der Kanton Schwyz muss immer mehr Geld in den Finanzausgleich lenken. Gleichzeitig sind die Kantons-

finanzen aus dem Lot. Müsste Schwyz mehr Steuern abschöpfen?

Eichenberger: Nein. Es geht nicht nur um die Frage, wie viel vom Steuerpotenzial ein Kanton ausschöpft, sondern wie es um das Preis-Leistungs-Verhältnis steht. Der Kanton Schwyz hat eine gute Politik gemacht, ist haushälterisch mit dem Geld umgegangen. Deshalb hat er eine tiefe Steueraus schöpfungsquote. Grundsätzlich ist es eine hervorragende Nachricht, wenn ein Kanton viel Geld in den Finanzausgleich einzahlen muss. Das ist ein Zeichen von Stärke.

INTERVIEW KARI KÄLIN

HINWEIS

* Reiner Eichenberger (52) ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

